

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Posto Dresden 21 98. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Erstein an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Moss's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 224

Sonnabend, den 25. September 1926

78. Jahrgang

**Commerz- und Privat-Bank**  
Aktiengesellschaft  
Zweigstelle Pulsnitz

**Wir verzinsen**  
**Bareinlagen**  
zu günstigen Sätzen  
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

**Pulsnitzer Bank**  
e. G. m. b. H.  
Pulsnitz und Ohorn

## Amtlicher Teil.

### Wohnungsnotzählung.

Um genauere Unterlagen für seine Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu erhalten, hat das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eine Zählung der Wohnungssuchenden angeordnet. Alle Wohnungssuchenden haben nach dem Stand vom 8. Oktober einen Aufnahmebogen auszufüllen und bis zum 12. Oktober an das Wohnungsamt Pulsnitz, Rathaus 1 Treppe, zurückzuliefern. Von Wohnungssuchenden, die keinen ausgefüllten Aufnahmebogen einreichen, wird angenommen werden, daß sich ihr Wohnungsgehalt erledigt hat; sie haben deshalb zu gewärtigen, daß sie in der Wohnungskarte gestrichen werden.

Von uns bekannten Wohnungssuchenden haben wir Aufnahmebogen zur Ausfüllung angefertigt. Diejenigen Wohnungssuchenden, die den Aufnahmebogen nicht erhalten haben, werden aufgefordert, ihn im hiesigen Wohnungsamt abzuholen.

Da es die Aufgabe der Zählung ist, festzustellen, wieviele Wohnungen zur Deckung des Bedarfs neu erstellt werden müssen, sind bei der Zählung alle die Fälle ohne Ausnahme, in denen jemand bereits eine einigermaßen befriedigende Familienwohnung inne hat und die Wohnung nur zu tauschen wünscht; denn dann steht seine gegenwärtige Wohnung zur Unter-

bringung eines anderen Wohnungssuchenden zur Verfügung. Fälle dieser Art werden bei der Zählung nicht weiterbearbeitet werden; die Ausfüllung der Aufnahmebogen ist also zwecklos.

Pulsnitz, den 25. September 1926.

Der Stadtrat.  
Wohnungsamt.

Sonntag, den 3. und Montag, den 4. Oktober 1926:  
**Krammarkt in Pulsnitz.**

Die Tieranten haben sich vorher beim Marktmeister, Polizeikommissar Reiche, anzumelden.

Montag, den 4. Oktober 1926:  
**Biehmarkt in Pulsnitz.**

Ursprungszeugnisse sind mitzubringen.

Pulsnitz, den 25. September 1926.

Der Stadtrat.

## Das Wichtigste

Dr. Stresemann hat dem Reichskabinett Mitteilung über die Verhandlungen in Genf und Thoiry gemacht. Das Kabinett stimmte der Haltung der deutschen Vertreter zu.

Die Typhusepidemie in Hannover flaut allmählich ab.

Auf die Eisenbahn wurden zwei neue Attentate verübt, die aber noch rechtzeitig entdeckt wurden.

Die Lage in Spanien hat sich weiter verschärft.

Nach einer Meldung der Berliner Morgenblätter aus Washington, wird im amerikanischen Schatzamt für das laufende Finanzjahr der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben auf 185 Millionen Dollar geschätzt.

Wie die Berliner Morgenblätter aus Amsterdam melden, fuhr bei Nymwegen ein Privatkraftwagen in ein von den Wanderverkündungen zurückkehrendes Infanteriebattillon hinein. 11 Soldaten wurden verwundet, darunter vier schwer.

In Ribalonga, einem kleinen Städtchen in Nordportugal wurde heute nachmittags die Kirche durch einen Bombenanschlag zerstört. 20 Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

Nach einer Meldung aus China haben die Kantontuppen trotz gegenseitiger Vereinbarung ihre Wachposten nicht zurückgezogen und rücken weiter auf Schanen vor. Ein britisches Kanonenboot wurde bei Shanghai beschossen. Zwei weitere amerikanische Besatzer sind in Santau eingetroffen.

Morgen findet in Berlin die Eröffnung der ersten Verkaufsstelle des Tadepe (Haus der Einheitspreise) statt, das nur zwei Preise zu 25 und zu 50 Pfennig hat. Sonderbarerweise befindet sich dieses Etablissement in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg, also im Westen und nicht in einem ärmeren Stadtviertel.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Die diesjährigen Volksbildungsabende) beginnen am ersten Montag im Oktober. Bis Weihnachten sind zwei Reihen und ein musikalischer Abend vorgesehen: an sechs Abenden im Oktober und November spricht Professor Ottomar Enting, Dresden, über Meisterwerke der Weltliteratur; am 14. November spielt Herr Bormann Mozart, und an vier Abenden im November und Dezember behandelt Herr Regierungsrat Dr. Raphahn, Dresden, die Hauptveränderungen im Wirtschaftsleben des 19. und 20. Jahrhunderts. Wenn Bedürfnis vorhanden ist, wird in der Weise, wie es am Dienstag einem größeren Kreis gezeigt worden ist, weiter musiziert.

(Wetterbericht.) Das westliche Maximum dringt anscheinend nicht vor, wird vielmehr durch ein im NW befindliches Minimum etwas zurückgedrängt. Dieses wird am Sonntag strichweise etwas Regen und stärkere Bewölkung veranlassen, während das Wetter auch sonst teilweise heiter und am Tage angenehm warm sein wird. Da sowohl über und am Grönland ein neues „Hoch“ erschienen ist als auch das zurückgedrängte alte „Hoch“ sich wieder ausbreiten wird, so

## Kabinettsrat über Genf und Thoiry

Dr. Stresemann berichtet — Das Kabinett billigt einstimmig die Besprechungen von Thoiry — Ein Ausschuss von Ressortministern zur Fortführung der Verhandlungen

Reichsschulgesetz und Eltern — Die Kommunisten fordern die Einberufung des Reichstages  
Die Regierungskrise in Polen — Die belgische Regierung wünscht Verhandlungen mit Deutschland — von Schubert zum Abrüstungsproblem

♣ Berlin. Die Kabinettsitzung am Freitag dauerte von 11 Uhr bis gegen 1/2 12 Uhr, dann wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

„In der unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx abgehaltenen Sitzung des Reichskabinetts erstattete der Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann Bericht über die Tätigkeit der deutschen Delegation auf der Völkerbundversammlung in Genf. Das Kabinett stimmte der Haltung der deutschen Vertreter zu und sprach dem Reichsminister Dr. Stresemann sowie den übrigen Mitgliedern der Delegation für die geleistete Arbeit seinen Dank aus.“

Anschließend berichtete Dr. Stresemann über den Inhalt seiner Unterhandlungen mit dem französischen Minister des Auswärtigen Briand zur Frage des deutsch-französischen Ausgleichs. Das Kabinett billigte einstimmig und grundsätzlich diese Verhandlungen, zu deren Weiterführung ein aus den in Betracht kommenden Ressortministern bestehender Ausschuss gebildet wurde, der dem Kabinett demnächst Bericht erstatten soll.

Wie dazu verlautet, besteht der hier erwähnte Ausschuss aus den drei Ministern des Auswärtigen, der Finanz und der Wirtschaft.

Im Verlaufe der Kabinettsbesprechung kam dann Dr. Stresemann auch auf die Behauptungen der Auslands- und Presse zu sprechen, deren Meldungen auch noch gegenwärtig in die deutsche Presse zurückströmen. Wie er betonte, sind derartige Summen über den Verkauf von Eisenbahnobligationen, wie sie besonders in der Pariser Presse enthalten sind, in Thoiry nicht angeschnitten worden und können nach der Auffassung aller maßgebenden deutschen Kreise auch bei den bevorstehenden Verhandlungen niemals in Frage kommen. Die Auffassung des Kabinetts geht dahin, daß eine etwaige Erschwerung des Daweslasten für Deutschland außer dem Bereich jeder Möglichkeit liege.

### Vor Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Sofort nach Rückkehr des Reichsaussenministers nach Berlin ist der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Staatsminister a. D. Hergt, mit Dr. Stresemann wegen Anberaumung einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses

in Verbindung getreten. Der Termin steht noch nicht fest. Die Einladung wird in den nächsten Tagen erfolgen.

### Thoiry und die sogenannten „illegalen“ Verbände.

In der Pariser Presse wurde behauptet, daß Reichsaussenminister Dr. Stresemann in seiner Unterhaltung in Thoiry auch Zugeständnisse hinsichtlich eines Vorgehens gegen die sogenannten illegalen Verbände in Deutschland gemacht habe. Hierzu wird von zuständiger Stelle bemerkt, daß Briand in Paris erklärt habe, durch die Besprechungen in Thoiry sei das Kabinett in keiner Weise gebunden. Ein gleiches dürfte auch für das deutsche Kabinett zutreffen.

### Kein größerer Abtransport französischer Truppen aus dem Rheinlande.

♣ Mainz. Wie der „Mainzer Anzeiger“ von zuständiger französischer Seite erfährt, hat ein größerer Abtransport französischer Truppen aus dem Rheinlande bisher nicht stattgefunden und ist zurzeit auch nicht im Gange. Es treffe allerdings zu, daß in letzter Zeit keine Truppenkontingente, die aber die Zahl 700 nicht erreichten, in französische Garnisonen abtransportiert worden seien.

### Reichsschulgesetz und Eltern. — Die Führerschaft des Evangelischen Reichselternbundes zur schulpolitischen Lage

Berlin, 25. September. Die heute in Berlin unter dem Vorsitz von Unterstaatssekretär a. D. Dr. Conze versammelte Führerschaft des Evangelischen Reichselternbundes nahm zu der zur entscheidenden Auseinandersetzung stehenden Frage des Reichsschulgesetzes Stellung. In einer Erklärung spricht sie die Erwartung aus, daß der in Aussicht gestellte Reichsschulgesetzentwurf in Würde dem Reichstag zugeleitet und öffentlich bekanntgegeben wird. Für die Gestaltung des Gesetzes fordert sie im Namen von Eltern Recht und Gewissensfreiheit, erneut die volle Gleichberechtigung der Volksschule und gleiche staatliche Förderung, wie sie anderen Schularten gewährt wird. Für die bei Erlaß der Reichsverfassung vorhandenen Schulen soll ein besonderes Antragsverfahren erhalten bleiben und für andere die Möglichkeit eines sofortigen Eröffnungsverfahrens gegeben werden. Die Bestimmung darüber, was ein geordneter Schulbetrieb ist, soll durch das Reichsgesetz getroffen und dadurch auch die Schule mit geringerer Gliederung als ein geordneter Schulbetrieb anerkannt werden.

